

S3.M1 „Versuch, Menschen zu manipulieren“ — Bundeswahlleiter fürchtet Fake News

Falschinformationen könnten im Internet gezielt zur Desinformation genutzt werden und Wahlen beeinflussen. Während der Bundeswahlleiter davor warnt, streitet die Politik, mit welchen Mitteln dagegen vorgegangen werden kann.

Bundeswahlleiter Dieter Sarreither sieht eine reale Gefahr durch gefälschte Nachrichten, mit denen Wähler manipuliert werden könnten. „Die Bürger und die Medien müssen in diesem Wahlkampf besonders sensibel auf Nachrichten reagieren. Sie müssen wissen, dass es Versuche gibt, sie zu manipulieren“, sagte Sarreither den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Parteien und Medien seien besonders aufgefordert, „durch noch sorgfältigere Prüfungen falsche von richtigen Informationen zu unterscheiden“.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière rief die Betreiber sozialer Netzwerke zum entschlossenen Vorgehen gegen solche Fake News im Internet auf. „Offensichtliche Falschmeldungen können strafbar sein — dem muss nachgegangen werden“, sagte er der Funke-Mediengruppe. Außerdem sollten sich die Parteien darauf einigen, auf unlautere Mittel zu verzichten. Er hoffe, dass im Bundestagswahlkampf die Frage der besseren Konzepte im Mittelpunkt stehen werde „und wir es nicht dauernd mit Falschdarstellungen oder gar bewussten Beeinflussungen von außen zu tun haben“.

FDP gegen „Wahrheitsministerium“

Die drei unionsgeführten Länder Hessen, Bayern und Sachsen-Anhalt verlangten ein schärferes Vorgehen gegen Falschmeldungen im Internet, für deren Verbreitung sogenannte Social Bots eingesetzt werden. Das sind Computerprogramme, die eine menschliche Identität vortäuschen und massenhaft Einträge bei Diensten wie Twitter oder Facebook generieren.

Eine Initiative des Bundesrats zur strengeren Bestrafung solchen Bot-Einsatzes müsse vom Bundestag noch vor der Bun-

destagswahl umgesetzt werden, heißt es in der Erklärung der drei Justizminister Eva Kühne-Hörmann, Winfried Bausback und Anne-Marie Keding. Sie weisen darauf hin, dass mit Hilfe solcher Fake-Accounts eine „Lawine von Desinformation“ entstehe, die Bürger gezielt in die Irre führen könne. Gefälschte Meldungen könnten auch in Katastrophen- und Terrorfällen Rettungskräfte und Polizei behindern.

Die FDP sprach sich gegen Koalitionspläne zu schärferen Gesetzen aus. „Die Verbreitung von Fake News lässt sich nicht mit Gesetzen stoppen“, sagte der Vizevorsitzende Wolfgang Kubicki dem Berliner „Tagesspiegel“. Er bezog sich auf einen „Spiegel“-Bericht, dem zufolge das Bundesinnenministerium die Einrichtung eines „Abwehrzentrums gegen Desinformation“ vorschlägt. Deutschland brauche kein Wahrheitsministerium, sagte Kubicki.

Source: *n-tv.de* (5.1.2017) Sonntag, 1. Januar 2017
www.n-tv.de/politik/Bundeswahlleiter-fuerchtet-Fake-News-article19447946.html access on 5/1/2017

Tasks:

— How can you identify fake news? Add more items to your **checklist**.

— **Write** one fake tweet and two non-fake tweets about your class. Swap with a partner and try to identify the fake one using the checklist.

— Then add information to your **Mind Map or definition** of ‘fake news’ from the session in the beginning.

— Imagine you are a reporter for the New York Times. After the US elections you are interested in writing about a German perspective on fake news. Write a **fictitious interview** concerning the topic *Fake news* — *a threat that has to be taken seriously?* with an expert mentioned in the text, e.g. Bundesinnenminister Thomas de Maizière, Bundeswahlleiter Dieter Sarreither, Justizministerin Eva Kühne-Hörmann or other experts mentioned.

Martin d’Idler

Der neue Nationalismus

Ein Gespenst geht um in Europa. Es ist das Gespenst des Nationalismus. Es ist ein neuer Nationalismus, neu nicht in seinen Ursachen, Inhalten oder Zielen, sondern neu in einem einzigen, überraschenden Aspekt: Er ist wieder da!

Im Folgenden soll diese Wiedergeburt des Nationalismus mit Blick auf Deutschland untersucht werden. Erstens: Was heißt eigentlich „Nationalismus“? Zweitens: Wie ist er historisch entstanden und wie hat er sich bis heute entwickelt? Drittens: Welche Perspektiven hat er in Deutschland und Europa?

I. Begriff

Das Wort „Nationalismus“ kommt von „Nation“. Die Endung „-ismus“ zeigt an, dass es sich um eine Ideologie handelt, und zwar — vergleichbar mit dem Sozialismus, Liberalismus und Konservatismus — um eine politische Strömung. Im Fall

des Nationalismus um eine, die die Nation in den Mittelpunkt stellt. Was genau ist nun eine „Nation“?

Das Wort „Nation“ ist aus dem Lateinischen entlehnt. Abgeleitet von „natus“, geboren, bezeichnet bei den Römern das Wort „natio“ zunächst die Geburt, die Abstammung, aber auch ein ganzes Volk im Sinne einer Abstammungsgemeinschaft mit gemeinsamer Sprache und Kultur.

Heutzutage versteht man unter „Nation“ in der Regel ein Staatsvolk. Die deutsche Nation etwa besteht aus den Staatsbürgern der Bundesrepublik Deutschland, die französische Nation aus den Staatsbürgern Frankreichs. Eine Nation ist damit eine politische Gemeinschaft von Menschen, die zusammen einen Staat bilden. Ein Staat wiederum ist ein politisches Gebilde, das über ein bestimmtes begrenztes Gebiet die Souveränität ausübt. Als Staatsvolk bildet die Nation also eine Rechts-, aber auch eine Solidar- und eine Verteidigungsgemeinschaft.

Allerdings ist es eine politische Streitfrage, wer zur Nation dazugehört. Die vielen verschiedenen Vorstellungen lassen sich grob gesagt in zwei Richtungen unterscheiden:

Man kann — erstens — die Nation verstehen als Abstammungsgemeinschaft. Deutsch ist dann nur der, der deutsche Vorfahren hat, der „deutschen Blutes“ ist. Dieses Prinzip nennt man „ius sanguinis“, das Recht des Blutes. Unabhängig von der staatlichen Organisation bildet das deutsche Volk in dieser Vorstellung eine Sprach-, Kultur- und Schicksalsgemeinschaft.

Man kann — zweitens — die Nation verstehen als Rechtsgemeinschaft. Deutsch kann, neben Menschen deutscher Abstammung, auch ein Mensch fremder Herkunft und Hautfarbe werden, wenn er in Deutschland geboren ist. Dieses Prinzip nennt man „ius soli“, das Recht des Bodens. Es kann auch ausgeweitet werden auf Menschen, die seit Jahren auf deutschem Boden leben (und, je nach gesetzlicher Regelung, die deutsche Sprache erlernen und sich zur deutschen Verfassung bekennen).

Nun zurück zum Nationalismus. Der Nationalismus als politische Strömung basiert auf dem — erstgenannten — Prinzip der Abstammungsgemeinschaft und stellt deren angebliches kollektive Interesse über alles andere.

Die Nation (oder vielmehr das, was als im Interesse des Vaterlandes liegend angesehen wird) soll — erstens — über den Einzelinteressen stehen, der Einzelne soll sich der Nation unterordnen und einfügen. „Du bist nichts, dein Volk ist alles“, wie sehr treffend die NS-Propaganda tönnte. Vom Einzelnen werden Opfer für das Vaterland verlangt, bis hin zur Opferung des eigenen Lebens im Krieg gegen die äußeren Feinde. Die Nation soll — zweitens — über den Parteien stehen, die sich nicht mehr untereinander streiten, sondern gemeinsam das nationale Interesse gegenüber der Außenwelt vertreten sollen. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“, wie sehr treffend Kaiser Wilhelm II. beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs ausrief. Der Streit der Parteien wird als „Parteiengezänk“ verachtet. Die Nation soll — drittens — über anderen Nationen stehen, zu denen die eigene Nation in Konkurrenz stehe. Das eigene Land wird dabei als besser, das fremde Land als schlechter angesehen. Das kann der Regierung als Legitimation dienen, über fremde Gebiete zu herrschen (so im Kolonialismus), es dient aber auch dem Einzelnen, sich besser zu fühlen. Selbst als armer Schlucker kann er immer noch sein Selbstwertgefühl steigern durch die Vorstellung, dass er einer bestimmten Nation angehört, die natürlich als etwas Besseres gedacht wird als die anderen Nationen.

Die gern getroffene Unterscheidung zwischen gutem Patriotismus (als Liebe zum eigenen Vaterland) und bösem Nationalismus (als Verachtung des Fremden) ist übrigens nicht haltbar. Menschen, die patriotisch denken, denken empirisch gesehen auch nationalistisch. In der Realität ist beides dasselbe.

Die Nation wird als etwas Dauerhaftes und in sich Geschlossenes, als etwas ethnisch, religiös und politisch Homogenes betrachtet. Eine große harmonische „Volksgemeinschaft“, in der der Einzelne in der Masse der anderen, die ihm aber alle gleichen, aufgehoben ist. Hier zeigt sich eine Sehnsucht nach Harmonie und Geborgenheit, vielleicht noch verstärkt durch die Unsicherheiten der modernen Welt.

In jedem Fall ist die Homogenität entscheidend. Nun haben Nationalisten ein Problem: Sie entspricht nicht der Realität. Menschen, auch die einer Nation, sind sehr verschieden, insbesondere in ihren Interessen und Meinungen. Also strebt der Nationalismus danach, diese Homogenität herzustellen. Das ist sein politisches Projekt. Alle, die sich nicht einfügen wollen oder können oder dürfen, sollen bekämpft werden. Der Nationalismus macht sie zu Sündenböcken. Ihnen wird die Schuld an allen möglichen Missständen gegeben. Und eine Bekämpfung dieser Gruppen, so verspricht der Nationalismus, würde die Probleme des Landes lösen und die ökonomische Lage seiner Anhänger verbessern.

Politisch Andersdenkende, die etwas anderes anstreben als die Nationalisten, gelten als „Volksverräter“. Kritische Journalisten, die Nationalisten hinterfragen, gelten als „Lügenpresse“. Ethnische und religiöse Minderheiten sollen das Land verlassen. „Ausländer raus!“ „Die Juden sind unser Unglück!“ „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ All diese „Volksfeinde“ sollen unterdrückt und assimiliert oder aber ausgesondert werden, sei es durch Ausweisung, sei es durch Ermordung. Die jüdischen Deutschen sind nicht einem religiösen Wahn zum Opfer gefallen, sondern einem nationalistischen Wahn. Sie waren in einem für Nationalisten wichtigen Punkt, in der Religionszugehörigkeit, anders, und das war Grund genug, sie zu töten.

So ist der Nationalismus stets auf Kampf ausgerichtet, gegen die inneren und gegen die äußeren Feinde. Die angestrebte Homogenisierung erfordert andauernde Unterdrückung. Nationalismus tendiert daher zu autoritären Herrschaftsformen.

II. Geschichte

Das Bestreben, sich einer größeren Gemeinschaft zugehörig zu fühlen, scheint bei Menschen allgemein verbreitet zu sein. In vielen Zusammenhängen wird zwischen „In-Group“ und „Out-Group“ unterschieden: Wir gegen sie. „Marker“ für die Entscheidung, wer zur Gruppe dazugehört und wer draußen ist, kann alles Mögliche sein: die Familie, der Clan, die Clique, der Sportverein, die Schulklasse, der Wohnort, der Beruf, der Wohlstand, die Sprache, die Religion, die Hautfarbe — oder eben auch die Nation.

Das Konzept der Nation ist historisch gesehen recht jung. Im Mittelalter ist die Sprache oder die Volkszugehörigkeit kein entscheidendes Kriterium für die Identität, weder für die Herrscher noch für die Untertanen. Der Fürst fühlt sich in aller Regel weniger seinen gleichsprachigen Untertanen verbunden als vielmehr seinem sozialen Stand, dem Adel. Seine Legitimation als Souverän bezieht er aus seiner adligen Herkunft und aus der Religion, er ist Herrscher „von Gottes Gnaden“. Das Volk hat im Staate nichts zu suchen, entsprechend gibt es auch noch kein Staatsvolk, keine „Nation“.

In der Neuzeit ändern sich die Machtverhältnisse: Der Adel verliert die Herrschaft an das Volk, an die Bürger, die Handwerk und Handel treiben, den Wohlstand produzieren und schließlich auch nach der politischen Macht greifen. Die Aufklärung hat bereits im Vorfeld die Religion der Kritik unterworfen und damit die Legitimation der Adels Herrschaft untergraben. Was aber ist die Legitimation des neuen Souveräns, des Volkes? Die Antwort darauf ist die Geburtsstunde der

Nation: In der Demokratie hat jeder das gleiche Herrschaftsrecht, einfach aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Volk. Die Volkszugehörigkeit wird zur Legitimation politischer Macht.

Dies manifestiert sich in der Französischen Revolution von 1789: Die Bürger des Dritten Standes setzen die Adels-herrschaft ab und erklären sich zur „Nation“. Der Staat ist nun nicht mehr der König („L'État c'est moi“) — der wird geköpft —, sondern das Volk. Dagegen regt sich natürlich heftiger Widerstand, die umliegenden Monarchien versuchen, diese Revolution im Keim zu ersticken, wogegen mit der Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht („Levée en masse“) ein Volksheer gebildet und so die Nation gegen äußere Feinde verteidigt wird.

Die Idee der Nation ist also geboren und findet rasch Nachahmung. In Deutschland entsteht, nach Auflösung des Reichs 1806, die Nation im militärischen Befreiungskampf gegen die französische Besatzung. Nation wird bis zur demokratischen Revolution 1848/49 verbunden mit „Einigkeit, Recht und Freiheit“.

Nach deren Scheitern wird der deutsche Nationalstaat jedoch „von oben“ gebildet durch Kriege gegen äußere Feinde, insbesondere gegen Frankreich, das zum „Erbfeind“ erklärt wird. 1871 entsteht das (zweite) Deutsche Reich, das in einem regelrechten Zeitalter des Nationalismus in Konkurrenz zu den anderen europäischen Kolonialmächten tritt. In jedem dieser Staaten, ob Deutschland, Frankreich, Großbritannien oder die USA, wird die Illusion genährt, die eigene Nation sei etwas Großartiges, großartiger als die anderen, gegen die man seine vermeintlich legitimen Interessen durchsetzen müsse. Der Nationalismus mobilisiert die Völker, sich für das eigene Vaterland gegenseitig abzuschlachten, und führt sie 1914 in den Ersten Weltkrieg.

Zur Zeit des sogenannten „Nationalsozialismus“ wird der deutsche Nationalismus ins Extreme gesteigert. Nach außen wird 1939 mit dem Zweiten Weltkrieg eine Revanche versucht, der „Griff nach der Weltmacht“. Nach innen wird der Versuch der Homogenisierung als Massenmord betrieben, zum einen durch die Ermordung von Millionen Menschen aus ganz Europa aufgrund ihrer jüdischen Religion, zum anderen durch die Verfolgung und Ermordung von politischen Oppositionellen, von Homosexuellen, von Behinderten, von Sinti und Roma, von Osteuropäern, vor allem Russen, von allen also, die nicht den Vorstellungen entsprachen, wer zur deutschen Nation dazugehöre.

Nach den Schrecken des Ersten und des Zweiten Weltkriegs sowie des Völkermords an den europäischen Juden, nach den Schrecken also, in die der Nationalismus Europa geführt hatte, schien im Nachkriegs-Europa diese Geißel des Kontinents überwunden zu sein. Man hatte verstanden. Dieser Wahnsinn konnte so nicht weitergehen, noch einen Krieg von Nation gegen Nation konnte Europa im Zeitalter von industrialisiertem Krieg und Atombombe nicht überleben, noch einen Völkermord an einer Minderheit in der eigenen Bevölkerung durfte nicht geschehen. Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz.

Die Staaten Westeuropas schlossen sich zu einer immer engeren wirtschaftlichen und später auch politischen Union, der Europäischen Union, zusammen, dem erfolgreichsten

Friedensprojekt der europäischen Geschichte. Den Staaten Osteuropas wurde von oben, durch die Sowjetunion, Internationalismus verordnet.

Als dann um 1990 auch noch der Real Existierende Sozialismus zusammenbrach und die Staaten Mittel- und Osteuropas in Richtung EU drängten, träumte schon mancher von einem dauerhaft friedlichen und einigen Europa. Dieser Traum währte nicht lange. Im zerfallenden Jugoslawien trat der alte Nationalismus wieder hervor und wütete, wie man es nicht mehr für möglich gehalten hatte. Neue, alte Nationalstaaten wurden gegründet. Krieg, Vertreibung (bis hin zur sogenannten „ethnischen Säuberung“), Gräueltaten und massenhafter Mord — das alles wurde wieder im Namen der Nation begangen. Kroaten gegen Bosnier gegen Serben gegen Albaner... Es schien, als hätte der Nationalismus nur geschlafen und sei mit dem Tod des Sozialismus zu neuem Leben erwacht. In verschiedenen Staaten Osteuropas blüht er bis heute: Die Ukraine stürzt in einen Bürgerkrieg zwischen dem ukrainischen und dem russischen Teil des Landes, in Ungarn und Polen regieren nationalistische Parteien, und auch in Ostdeutschland ist die nationalistische Partei AfD deutlich stärker als im alten Westen des Landes.

Doch spätestens mit der Finanzkrise ab dem Jahr 2008 holt der Nationalismus auch Westeuropa ein. In fast allen Ländern sind nationalistische Parteien auf dem Vormarsch. In Frankreich ist der Front National stärkste Partei, in den Niederlanden ist die PVV zweitstärkste Partei und in Österreich die FPÖ drittstärkste Partei im Parlament. Fast wäre hier der FPÖ-Kandidat Präsident geworden. Großbritannien schließlich stimmt in einem Referendum für den Austritt aus der EU, den Brexit. Die EU sieht sich durch nationalistische Fliehkräfte in ihrer Existenz bedroht. Der Nationalismus ist mit voller Wucht zurück in Europa. Er ist wieder da.

III. Perspektiven

Angesichts der historischen Erfahrung muss man befürchten, dass der Nationalismus das Potenzial hat, Deutschland wie auch ganz Europa in den Untergang zu stürzen. Ob es soweit kommt, hängt von vielen Faktoren ab. Man könnte sie unter den Begriffen „Sein“ und „Bewusstsein“ zusammenfassen.

Sein: Die Ökonomie ist die Basis für viele politische Entwicklungen und Entscheidungen. Arbeitslose etwa haben bei den letzten Landtagswahlen in Deutschland mehr als jede andere Partei die AfD gewählt. Solange die soziale Ungleichheit (etwa in der Vermögensverteilung) in Deutschland immer größer wird, solange die Verlierer der Globalisierung nicht in angemessener Form sozial aufgefangen werden, sondern um ihren sozialen Status fürchten müssen, solange besteht die Gefahr, dass nationalistische Parteien bei Wahlen erfolgreich sind. Um den Nationalismus zu überwinden, braucht es also eine Sozialpolitik, die die Verlierer dieser Gesellschaft besser auffängt, als Hartz IV dies tut, und die Abstiegsängste sowie die Konkurrenz zwischen Unterprivilegierten entschärft — insbesondere die zwischen Armen und Ausländern.

Bewusstsein: Nationalismus ist eine Ideologie, die auf einer Reihe von Irrtümern basiert. Die oft verwendeten Marker für die Zugehörigkeit zu einer Nation — Abstammung, Hautfarbe, Sprache, Religion — sind äußerlicher Natur und sagen, im

Gegensatz zu den Vorstellungen des Nationalismus, nichts über die inneren Qualitäten eines Menschen. Fleiß hängt nicht von der Hautfarbe ab, und freundliche Menschen gibt es, genauso wie Egoisten, in jedem Volk. Aus der Nationalität einen Wert abzuleiten, ist nicht nur moralisch fragwürdig, sondern auch schlicht falsch. Und betrachtet man die Angehörigen eines Volkes, so muss man feststellen: Menschen haben sehr verschiedene Meinungen und Interessen. Die Bürger einer Nation haben in der Realität nicht ein gemeinsames Interesse oder eine gemeinsame Meinung. Und dies durch Unterdrückung und Aussonderung herzustellen, führt nicht in eine harmonische Gemeinschaft, sondern in ein autoritäres System.

Wenn sich Menschen trotzdem für einen solchen Nationalismus entscheiden, dann — neben den genannten sozialen Gründen — auch aus Mangel an einer ideologischen Alternative, die dem Wunsch des Einzelnen nach Bedeutsamkeit, Zugehörigkeit und Gemeinschaft entgegenkommt. Vielleicht braucht es dafür die offensivere Förderung einer positiven

nationalen Identität, mit der sich der Staatsbürger jenseits des „ius sanguinis“ identifizieren kann.

Denn man kann sich als Deutscher als Teil einer Rechtsgemeinschaft verstehen, ungeachtet der Hautfarbe und der Religion, die verbunden ist durch die Verfassung und damit durch eine gemeinsam zu verteidigende Demokratie, Freiheit und Solidarität. Man kann als Deutscher stolz sein, Teil einer Gemeinschaft zu sein, die Menschen in Not aus weit entfernten Ländern hilft. Man kann sich als Europäer fühlen und glücklich schätzen, in einem nun schon Jahrzehnte währenden Friedensprojekt zu leben, das es geschafft hat, aus der Geschichte zu lernen und Jahrhunderte gegenseitigen Abschlachtens hinter sich zu lassen.

Dr. Martin d'Idler hat über „Die Modernisierung der Utopie“ promoviert und unterrichtet nun als Lehrer für Politik und Wirtschaft, Deutsch sowie Theater am Überwald-Gymnasium in Wald-Michelbach (Hessen).

Martin d'Idler

Schusswaffen gegen Flüchtlinge?

Über die Ziele der AfD

Die AfD ist eine junge Partei. 2013 gegründet, verpasst sie im selben Jahr mit 4,7% knapp den Einzug in den Bundestag, zieht jedoch seitdem in ein Landesparlament nach dem anderen und wird wohl ab September 2017 auch im Bundestag vertreten sein.

Naturgemäß ist bei einer jungen Partei noch Vieles in der Entwicklung, programmatisch wie personell. Der Gründungsimpuls ist die Ablehnung der Euro-Rettungspolitik durch die Bundesregierung, die diese als „alternativlos“ propagiert. Dem setzt Parteigründer Bernd Lucke, Wirtschaftsprofessor und ehemaliges CDU-Mitglied, eine „Alternative für Deutschland“ entgegen. Somit ist die AfD ursprünglich eine Ein-Punkt-Partei, Adressaten vor allem unzufriedene CDU-Wähler, denen die CDU nicht mehr konservativ und liberal genug erscheint. Die AfD will zurück zur D-Mark, zurück zur EWG, zurück zum Familienmodell der fünfziger Jahre. In Umfragen erreicht die Partei — nach dem knapp verpassten Einzug in den Bundestag 2013 — Werte von bis zu 10%.

In die Partei strömen aber nicht nur Konservative, sondern auch noch weiter rechts stehende Kräfte. Insbesondere in Ostdeutschland, aber nicht nur dort, entsteht ein nationalistischer Parteiflügel, mit Frauke Petry an der Spitze, die bei der Landtagswahl in Sachsen 2014 die AfD mit 9,7% erstmalig in ein deutsches Landesparlament führt. Es kommt zum Machtkampf zwischen Lucke mit seinem konservativ-wirtschaftsliberalen Flügel und Petry mit ihrem national-konservativen Flügel, den Petry auf dem AfD-Parteitag in Essen 2015 für sich entscheidet. Lucke, und mit ihm der

Großteil der Wirtschaftsliberalen, verlässt die Partei (und gründet eine neue, ALFA, Allianz für Fortschritt und Aufbruch, die aber erfolglos bleibt).

Damit ändert sich auch der zentrale Punkt der Ein-Punkt-Partei. Mit Beginn der Flüchtlingswelle im Sommer 2015 wechselt die AfD ihr Kernthema von der Abwehr der Euro-Rettung zur Abwehr von Flüchtlingen und des Islam. Damit schnellen die Umfragewerte der Partei, die mit der Entspannung der Griechenland-Krise 2015 zwischenzeitlich auf unter 5% abgesunken waren, wieder in die Höhe. 2016 erreicht sie bei Landtagswahlen in Westdeutschland regelmäßig über 12%, in Ostdeutschland bis zu 24% der Wählerstimmen.

Inzwischen zeichnet sich ein neuer Machtkampf ab. Gegen Petrys Führungsanspruch rebellieren eine Reihe von AfD-Fraktionsvorsitzenden aus den Landtagen, vor allem Alexander Gauland (Brandenburg), Björn Höcke (Thüringen) und Jörg Meuthen (Baden-Württemberg), der gleichzeitig ihr Ko-Vorsitzender in der Bundespartei ist.

Diese Spaltung scheint aber weniger inhaltlich als vielmehr machtpolitisch motiviert zu sein. Dies zeigt sich an der Debatte um ein Interview mit der Parteivorsitzenden Petry, in dem die Frage aufkommt, ob gegen Flüchtlinge an der deutschen Grenze Schusswaffen eingesetzt werden sollen. Gleichzeitig lässt sich hier die Ausrichtung der Partei mit der Frage, wie weit rechts sie denn steht, untersuchen.

Petry fordert im Interview mit der Mannheimer Morgen vom 30.1.2016 den Bau eines Grenzzauns („Grenzsicherungsanlagen“) zwischen Deutschland und Österreich und